

17. September 1918.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michalek.
Wien, 1. Neues Rathaus.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
Sitzung am 17. September 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner konstatiert die Beschlussfähigkeit und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Die an alle kriegsführenden Mächte gerichtete Friedensnote unseres Ministers des Aeussern ist ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung, das in allen Schichten der Wiener Bevölkerung mit tiefer Genugtuung und innigem Danke begrüsst wird. Wir sind uns alle dessen bewusst, dass die Monarchie durch diesen Schritt ein Denkmal sittlicher Grösse gesetzt hat, einen Markstein der Menschlichkeit im Meere der Verwüstung und des Hasses. Diese Stimme der Besinnung erschallt zu einer Zeit, da die blühendste Jugend Europas in dem münnermordenden Rasen von 4 Kriegsjahren in die Erde gebettet wurde und in allen Ländern Tausende dahinsiechen an den Opfern und Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt, und sie erhebt sich auf einem Lande, das wahrlich genug Beweise entschlossener Widerstandskraft und unübertrefflichen Heldentums gegeben hat, (Rufe: Richtig!), aber darüber niemals vergessen hat, dass unser Geschlecht die ungeheure Verantwortung für das jammervolle Elend, in das bei der ziellosen Fortsetzung des Kampfes auch ferner Generationen gestürzt werden müssen, vor Gott und den Menschen zu tragen hat (Zustimmung).

Der Vorschlag unserer Regierung, dass sich Vertreter der kriegsführenden Mächte an einem neutralen Orte zu unverbindlichen Besprechungen in der Friedensfrage zusammenfinden sollen, kann an den Völkern unserer Gegner nicht achtlos und ohne Eindruck vorübergehen; denn bei ihnen reißt die Erkenntnis, dass die Dinge dieser Welt letzten Endes nicht durch Gewalt entschieden werden. (Lebhaftes Zustimmung) Wir sehnen den Tag herbei, an dem diese Erkenntnis von den Herzen aller Menschen Besitz ergriffen hat, den Tag, an dem die Greuel der gegenseitigen Vernichtung ihr Ende erreicht haben und die Völker, wiedererstandenen aus namenlosem Unglück, sich zusammenfinden in einem Völkerbunde, der die Werkzeuge des Massenmordes für immer vergräbt. (Rufe: Ja! Richtig!)

Auch der gewesene Minister des Aeussern Graf Czernin hat getreu den erhaltenen Intentionen Seiner Majestät, unseres vielgeliebten Kaisers, der seit seinem Regierungsantritt alles daran setzt, seinen Völkern den Frieden zu bringen, die hohen Ideen von der allgemeinen Abrüstung, dem Schiedsgerichte und dem Völkerbunde zum ersten Male in das Programm der Staatspolitik aufgenommen und es der ganzen Welt verkündet. Die derzeitige Aktion unserer Regierung ist geschöpft aus dem Willen, Fühlen und Denken der Völker unseres Vaterlandes; darum begleiten wir sie

dankbaren Herzens mit dem innigsten Wunsche: mögen die Völker der Erde sich besinnen und die Menschheit bald zurückkehren zur Liebe und Achtung vor sich selbst! (Beifall und Händeklatschen). Sie haben, meine sehr geehrten Herren, durch Ihr Erheben von den Sitzen dieser Kundgebung des Wiener Gemeinderates einhellig zugestimmt, ich werde mir erlauben, sie der k.u.k. Regierung zu unterbreiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest sodann den Spendeneinlauf: Eduard Kumpfoher 1000 Kronen, Franz Zaworka, Bezirksrat für die Armen des 6. Bezirkes 200 Kronen, Franz Stamm 200 Kronen, Dr. Hermann Kaane, Notar in der Verlassenschaftssache des Hofrates Otto Wagner 200 Kronen, Melanie Holding für die Armen der ehemaligen Gemeinde Währing 100 Kronen, Friedrich Schneid 360 Kronen und 100 Kronen als Kranzablösung anlässlich des Ablebens des Gastwirtes und Armenrates Josef Tenschert, Leiser Leon Forschal 100 Kronen, Leo Halpern 100 Kronen, Dr. Otto Brestl als Enkel und Leopold Völk, als Sohn des verstorbenen Leopold Völk dessen goldene Salvator-Medaille zu Gunsten der Armen Wiens.

GR. Dr. Glassauer und Genossen stellen an den Bürgermeister die Anfrage, welche Schritte zur Wiederaufnahme des vollen Verkehrs der städtischen Strassenbahnen von Seite der Direktion der städtischen Strassenbahnen unternommen wurden, um den Bewohnern der peripheren Bezirkteile wieder die ein- gelegten Verkehrsmittel zurückzugeben.

BGM-Dr. Weiskirchner erwidert, dass alles aufgegeben werden wird, die Einschränkungen wieder aufzuheben, aber leider sind die Verhältnisse heute noch nicht so weit, dass man dazu schreiten könnte.

GR. Steiner und Genossen stellen folgende Anfrage:

Die durch den Krieg bedingten ausserordentlichen Verhältnisse haben an und für sich schon durch die Verminderung und Abnutzung der Betriebsmittel eine wesentliche Erschwerung des Reisens im Allgemeinen mit sich gebracht. Wenn auch immer wieder die Mahnung an die Bevölkerung gerichtet wird, die Reisen so viel als möglich einzuschränken, so werden öffentliche Interessen, dringende Familienangelegenheiten, oder wichtige Geschäfte, immer noch eine namhafte Zahl der Wiener Bevölkerung zu Ortsveränderungen veranlassen, die gewiss jeder vermeidet, der nicht unabweichlich dazu gezwungen ist. Die durch den Krieg erklärten Schwierigkeiten erfahren aber noch eine erhebliche Steigerung durch den Mangel einer zielbewussten Vorsorge der Bahnverwaltungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Bahnhöfen und Zügen. Die Besorgung der Fahrkarten in den Verkaufsstellen erfordert einen beträchtlichen Zeitaufwand, nicht minder die Aufgabe des Gepäcks, dessen Schicksal zudem noch in Frage steht. Sind alle diese Mühseligkeiten überwunden, so beginnt der Kampf um den Zutritt auf den Bahnsteig, der für gewöhnliche Sterbliche, die nicht so glücklich sind, ein ärztliches Zeugnis oder „Beziehungen“ aufweisen zu können, mit Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist. Ist auch dies überstanden und ist man endlich im Zuge angelangt, dann finden, wenigstens die Reisenden I. und II. Klasse in der Regel bergits alle Plätze voll besetzt und zwar nicht nur von berechtigten Insassen, sondern auch noch von solchen Fahrgästen III. Klasse, die einfach damit rechnen, dass eine Kontrolle in dem vollgepackten Wagen nicht durchführbar ist und sie daher nicht zu befürchten haben, dass sie im Sinne der Betriebsordnung zu einer Nachzahlung verhalten werden. So kommt es, dass fast bei jedem von Wien abgehenden Zug ein Teil der Reisenden, besonders der höheren Wagenklassen, entweder zurückbleiben, oder mit einem Stehplatz in den Gängen der III. Klasse Vorlieb nehmen muss. Das reglementarische Recht der Bahn, die Beförderung zu verweigern, wenn sie mit den normalen Betriebsmitteln das Auslangen nicht findet, kann wohl nur dann geltend gemacht werden, wenn sie alles vorkehrt, um dem durch die Lösung einer Fahrkarte erworbenen Rechte des Reisenden auf die bezahlte Gegenleistung, Genüge zu leisten und dazu gehört, dass sie dem Passagier einen ihm gebührenden Platz in jener Wagenklasse anweisen lässt, die er bezahlt hat. Sind die Bahnverwaltungen ausserstande, Ordnung zu halten und durch ent-

sprechende Massnahmen, wie etwa Zahlung der für die einzelnen Wagenklassen verausgabten Fahrkarten an einer Ausgabestelle, Verhinderung der Besetzung der höheren Klassen durch Reisende mit hiefür ungültigen Fahrkarten,

Abhilfe zu schaffen, dann erübrigt nur das radikale Mittel der Auflassung der I. und II. und Beschränkung auf eine einheitliche Wagenklasse. Die besonderen Verhältnisse, die der Krieg im Bahnverkehre hervorgerufen hat, bedingen auch ausserordentliche Massregeln. Die Bevölkerung muss sich vor Augen halten, dass der Krieg auf allen Gebieten Opfer fordert und sie zeigt sich auch gewillt, solche auf sich zu nehmen, es darf ihr aber nicht zugemutet werden - wie es die Bahnverwaltungen speziell den Passagieren I. und II. Klasse gegenüber handhaben, ganz unerhört hohe Fahrpreise zu bezahlen und dafür nicht einmal einen Platz in den für diese Wagenklassen bestimmten Abteilen gesichert zu erhalten, weil sich die Bahnverwaltungen nur um die Erhöhung ihrer Einnahmen kümmern, im Übrigen aber es dem Reisepublikum überlassen, sich seinen Platz zu suchen, wo es ihn findet. Es entstehen durch die herrschende Rücksichtslosigkeit, die eine der traurigsten Kriegerscheinungen ist, Schädigungen der Allgemeinheit, welche das Eingreifen der berufenen öffentlichen Faktoren erheischen. Es wird daher gefragt:

Was gedenkt der Bürgermeister zu unternehmen, um den berechtigten Forderungen der Bevölkerung hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Interessen bei der Abwicklung des Bahnverkehrs in der Kriegszeit entgegenzukommen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat über seinen Auftrag schon vor längerer Zeit bei der Staatsbahndirektion über verschiedene Uebelstände im Bahnverkehr Beschwerde geführt habe. Gelegentlich der Behandlung der Antwort der k.k. Staatsbahndirektion hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 22. August d.J. beschlossen, der Staatsbahndirektion mitzuteilen, dass nach Anschauung des Stadtrates der bevorzugte Einlass auf den Perron ausschliesslich auf Kranke beschränkt werden soll, da derzeit die Züge notorisch im vorhin von bevorzugten Personen voll besetzt werden. Der Magistrat hat im Sinne des Stadtratsbeschlusses ein Schreiben an die Staatsbahndirektion gerichtet, eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Die vorliegende Anfrage behandelt im wesentlichen den gleichen Uebelstand; der Magistrat schlägt vor, soe sowohl der Staatsbahndirektion als auch - da es sich um eine Angelegenheit handelt, die nicht nur die Staatsbahn, sondern auch die Privatbahnen betrifft - auch dem Eisenbahnministerium zur entsprechenden Würdigung eine Abhilfe zu übermitteln.

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Im Namen sämtlicher Etablissementbesitzer Wiens, aller Gasthausinhaber, Cafetiers, Hoteliers und Theaters, sowie der Ausflugsorte in der Umgebung von Wien, wird gefragt, ob die Strassenbahn Direktion bereits den Bericht über den Stand der Herstellungsarbeiten erstattet hat und zu welchem Zeitpunkte die derzeit herrschende Verkehrs-Misere behoben sein wird, da die gesamte Bevölkerung unter diesem auf die Dauer einer Grosstadt unwürdigen Zustande sehr leidet und sich ihres einzigen Verkehrsmittels beraubt sieht. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Interesse der so schwer geprüften Bevölkerung Wiens Abhilfe zu schaffen und Alles daran zu setzen, damit der Strassenbahnverkehr - das einzige für die Wiener Bevölkerung in Betracht kommende Verkehrsmittel - in kürzester Zeit nach Möglichkeit verlängert werde?

BGM-Dr. Weiskirchner: Die vom Gemeinderate genehmigten Verkehrseinschränkungen auf der elektrischen Strassenbahn haben es der Direktion ermöglicht, die dadurch frei gewordenen Motorwagen sofort zur Verdichtung der Intervalle auf den Linien und Linientellen zu verwenden, welche die grösste Ueberfüllung aufgewiesen haben - Dies und die am 28. August eingeführte Tarifernöschung hatte tatsächlich auf vielen Linien eine geringere Besetzung der Wagen zur Folge, was zu deren Schonung beiträgt. Die gleichzeitig mit allen Mitteln einsetzenden Verbesserungen in den Arbeiten zur Wiederherstellung der schadhaften Motorwagen sowohl durch Vermehrung der Arbeitskräfte als auch durch Beschaffung und Bereitstellung der wichtigsten Materialien: Glimmer, Schellak, Baumwolle, haben es ermöglicht, dass der Stand an Motorwagen seit Anfang August nicht mehr gesunken ist; es zeigen sich auch viel versprechende Ansätze zu einer Besserung der Verhältnisse, welche aber noch nicht lange genug anhält um daraus einen einwandfreien Schluss für später ziehen zu können. Die uns von der Heeresverwaltung zugewiesenen Arbeitskräfte arbeiten sich von Tag zu Tag besser ein; eigene Arbeiter, die eingezogen waren, kehren von der Front zurück - Da andererseits auch die bestellten und freigegebenen Materialien und Maschinenteile in absehbarer Zeit, die sich aber immerhin auf einige Monate beläuft, beliefert werden sollen, so besteht die begründete Hoffnung, dass bis zum Eintritt des Winters der Wagenpark wieder in einem solchen Zustand sein wird, der es ermöglicht mit grösserer Beruhigung der schlechteren Witterung entgegenzusehen und mit dem Abbau der Einschränkungen zu beginnen - Vorläufig erscheint dies unkundig und muss vielmehr auf die Bevölkerung die Bitte gerichtet werden, zur Vermeidung viel grösserer Nachteile im Winter vorläufig die Verkehrseinschränkungen als ein unvermeidliches Kriegsoffer hinnehmen zu wollen -

GR. Kunschak fragt, ob der Bürgermeister Auftrag geben wolle, dass dem Stadtrate unverzüglich ein Antrag, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Arbeit der Schuldiener in den Brotkommissionen unterbreitet werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Erhöhung der Schuldienergebühren beim Magistrat bereits anhängig sei.

GR. Gussenbauer stellte eine Anfrage über die Vollendung der Kaiser Franz Josefs Brücke und wünschte eine Heranziehung des Kriegsärzlers zur Tragung eines Teiles der erhöhten Baukosten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Verzögerung der Fertigstellung der Brücke durch die gegenwärtigen ausserordentlichen Verhältnisse verursacht sei. Er werde die Anfrage der Donau Regulierungskommission zur entsprechenden Würdigung übermitteln.

GR. Kunschak stellt folgende Anfrage: Im ungarischen Reichstage hat der Ministerpräsident Dr. Weckerle die Erklärung abgegeben, dass die Verhältnisse in Galizien die Rückkehr sämtlicher Flüchtlinge ohneweiters ermöglichen. Nach Berichten aus Ungarn greift dortselbst auch die Regierung energisch zu und steht nicht an, auch unter Anwendung von Brachialgewalt die Flüchtlinge, die sich auch in Ungarn als wahre Landpflege erwiesen haben, über die Grenze abzuschleppen. Weit ärger noch als in Ungarn ist das Treiben der galizischen Flüchtlinge in Oesterreich, vor allem in Wien und machen sich auch hier die Folgend weit fühlbarer als in Ungarn, dessen Verpflegsverhältnisse weit günstigere sind als die unserigen. Die Ernährungsverhältnisse, noch mehr aber der einer Katastrophe zutreibende Wohnungsmangel allein rechtfertigen die Forderung, dass Wien endlich einmal von den galizischen Flüchtlingen befreit werde. Leider sehen sich die Verhältnisse so an, als ob Wien der Flüchtlinge überhaupt nicht mehr los werden und die Bevölkerung wehrlos den galizischen Flüchtlingen überantwortet bleiben soll. Die Wiener Bevölkerung ist ob dieser Tatsache aufs Ärgste erbittert und fordert, dass wie man anderwärts sich der galizischen Flüchtlinge entledigt, dies endlich auch einmal in Wien geschehe. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, bei der Regierung neuerlich und nachdrücklichst Vorstellung dahin zu erheben, dass die galizischen Flüchtlinge in kürzester Frist abgeschoben werden. Ist der Bürgermeister ferner bereit, zu verfügen, dass sämtlichen galizischen Flüchtlingen unbeschadet, ob sie noch unter Flüchtlingsfürsorge stehen oder nicht, innerhalb kürzester Frist sämtliche Lebensmittelbezugskarten entzogen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: ad 1: Ich werde meine Bemühungen bei der Regierung fortsetzen. ad 2: Ich werde den Antrag dem Magistrat zur Berichterstattung zuweisen.

GR. Herold interpelliert über den Stand der Anbauaktion der Gemeinde Wien im Gebiete von Görsz.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Es bestanden tatsächlich gewisse Schwierigkeiten im Görszischen wegen Ausfuhr des Gemüses. Aber infolge meiner Intervention und dank dem Entgegenkommen der beteiligten Staatsbehörden sind diese Schwierigkeiten nunmehr behoben.

GR. Herold fragt, ob nicht auf den brach liegenden Gründen der Güter der Gemeinde Wien die Schaffung von Ziegenfarmen bewerkstelligt werden könnten, um auf diese Weise die Milchmenge für die Stadt Wien zu vermehren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Gemeinde Wien hat den grossen Vorteil der Ziegenhaltung erkannt und daher schon vor 2 Jahren aus Albanien eine grössere Menge Ziegen eingeführt. Leider waren die gewonnenen Erfahrungen sehr ungünstig. Die Tiere langten infolge des langen Transportes und aus diversen anderen Gründen krank an und mussten vielfach sehr bald der Notschlachtung zugeführt werden. Trotz des teilweisen Versagens der ersten Aktion hat sich die Gemeinde Wien bemüht, auch in weiterer Folge Ziegen und zwar aus dem Fürstentum Liechtenstein für Wien zu beschaffen; leider scheiterten die diesbezüglichen Verhandlungen. Es steht ausser allem Zweifel, dass Ziegen für den Wirtschaftsbetrieb einer Familie, in dem sie sorgfältige Pflege und Aufsicht geniessen, von bedeutendem Wert sind. Ziegenfarmen jedoch bieten mannig-

fache Schwierigkeiten. Die Gemeinde Wien hätte lediglich an der Lobau geeignete Flächen zur Haltung von solchen Farmen. Die mit Erfolg eingeleitete Aktion in der Lobau lässt es jedoch vorteilhafter erscheinen, vorerst den ungleich wichtigeren Feldbau dortselbst weiter auszudehnen, weshalb zahlreiche Wiesen gestürzt werden müssen. Für die Ziegenfarmen verblieben somit nur die Auestände. Die Genügsamkeit der Ziegen würde aber nicht einmal die Rinde geschweige denn die kleinen Triebe verschont lassen, weshalb daher die Bestände binnen kurzem dem Untergang geweiht wären. Eine Beaufsichtigung, die imstande wäre, derartigen Schaden zu verhindern, ist aber derzeit insbesondere infolge Personalmangels gänzlich ausgeschlossen. Das Landwirtschaftsamt wird jedoch keine Gelegenheit ausser Acht lassen, um möglichst viele Ziegen nach Wien zu bringen, die an Einzelbesitzer abzugeben wären. Ausserdem ist die Gemeinde bemüht, die Schafhaltung in der Lobau in grösserem Stile schon derzeit durchzuführen. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden für die Einrichtung von Ziegenfarmen richtunggebend sein.

GR. Bretschneider stellt folgende Anfrage: Die Situation jener Familien, die durch Kündigung einen Wohnungswechsel zu vollziehen haben, wird immer kritischer. Die Zahl der Wohnungen wird von Viertel zu Viertel kleiner und damit für oben bezeichnete Familien, die Möglichkeit eine Wohnung zu finden, immer geringer. Wenn zu der Sorge der Lebensmittelbeschaffung diese Sorge auch noch dazukommt, wird die Lage dieser Familien eine unerträgliche. Obwohl nun im Wohnungsfürsorge-Ausschuss mit weiterer Genehmigung durch den Gemeinderat eine Reihe ganz zweckmässiger Beschlüsse gefasst wurden, deren Ausführung sich aber in einem ungemein langsamen Tempo vollzieht, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, über den Stand des Baues von 1000 Kleinwohnungen, sowie über die Durchführung der weiteren Beschlüsse des Wohnungsfürsorge-Ausschusses Mitteilung zu machen und ferner Veranlassen zu wollen, dass diese gemeinnützigen Beschlüsse des Gemeinderates auch von Staat und Land finanziell unterstützt werden. Ist der Bürgermeister ferner geneigt, alles zweckdienliche Veranlassen zu wollen, damit eine Beschleunigung der Arbeiten herbeigeführt und dadurch, auf dem Gebiete der Kleinwohnungen, wenigstens teilweise behoben wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Durchführung der grossen, vom Gemeinderat unter Zustimmung aller Parteien beschlossenen und auch vom Herrn Interpellanten als ganz zweckmässig erachteten Programmes bildet einen Gegenstand meiner ständigen Sorge und Aufmerksamkeit.

Was speziell die bei der ersten Frage des Interpellanten erwähnten 1000 Kriegswohnungen betrifft (die Gemeinde beabsichtigt übrigens nicht nur 1000 sondern 2000 sogenannte Kriegswohnungen herzustellen), so habe ich schon auf eine frühere Interpellation des Herrn GR. Skaret darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit einer Bauführung erst in letzter Linie von den Massregeln der Gemeinde Wien abhängt. Alles was von der Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise gemacht werden kann, geschieht auch und auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird ja ein sehr erheblicher Kredit zur Beschaffung von Baumaterialien angesprochen.

Die weiter Durchführung des Programmes der Gemeinde Wien bedarf aber unbedingt der Unterstützung der Regierung und hiemit komme ich auf die zweite Frage des Herrn Interpellanten. Selbstverständlich bin ich der Ansicht, dass die gemeinnützigen Beschlüsse des Gemeinderates von Staat und Land finanziell unterstützt werden sollen und es ist auch sofort nach der Schlussfassung des Gemeinderates an diese Faktoren herangetreten worden. Soviel ich bisher beurteilen kann und wie dies auch bei eingehenden Beratungen über die Forderungen der Gemeinde Wien zum Ausdruck gekommen ist, scheint die Regierung sich der Zweckmässigkeit unseres Programmes nicht zu verschliessen und zu seiner Unterstützung geneigt zu sein.

Ich muss aber mit aller Nachdruck betonen und ich habe dies erst auch in der letzten Zeit dem Herrn Ministerpräsidenten eindringlichst klargelegt, dass rasches Handeln not tut und dass uns nicht mit dem allgemeinen Wohlwollen der Regierung, sondern nur mit konkreten, sofort durchzuführenden Massnahmen gedient ist, welche die Gemeinde ganz genau bezeichnet hat, und zu deren tatkräftigen Durchführung in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren sie jederzeit bereit ist. Bemerken möchte ich, dass im deutschen Reiche die Bereitstellung eines Betrages von 300 Millionen Mark für Wohnungszwecke aus Reichsmitteln im Zuge ist unter der Bedingung der Mitwirkung der anderen Faktoren, also jene Lösung der Frage, welche wir in Oesterreich bisher vergeblich erstreben.

GR. Dr. Hein polemisiert in einer Interpellation gegen den vom BGM. Dr. Weiskirchner in der österreichischen Volkszeitung publizierten Artikel über die Gemeindefürsorge und stellt schliesslich die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Wahlreformausschuss mit grösserer Beschleunigung einzuberufen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Es ist ganz merkwürdig, dass Dr. Hein eine Veröffentlichung von mir zum Anlass nimmt, mich darüber zu interpellieren. Ich lasse mir mein staatsbürgerliches Recht meine Meinung durch Druck zu veröffentlichen durch Dr. Hein nicht nehmen. Ich darf doch auch über kommunale Angelegenheiten meine Ansicht haben und die in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Der Artikel über die Wahlreform ist kein Gesetzentwurf, sondern eine Ansicht, die ich habe und die ich auch im Kreise des Gemeindestes vertreten werde. Jedenfalls kann der Artikel nicht Gegenstand einer Interpellation sein. Der Ausschuss wird anfangs Oktober zu einer Sitzung einberufen werden und ich hoffe, dass bis dahin eine Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses zugehen wird. Diese, nicht aber mein Zeitungsartikel, wird dann der Gegenstand von Beratungen sein.

GR. Dr. Hein fragt ob der Bürgermeister einen Bericht über den zu schaffenden Ersatzverkehr für die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs dem Gemeinderat erstatten wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Ersatzverkehr der Pferdestellwagen bisher nicht eingerichtet werden konnte, weil die städtische Stellwagenunternehmung die hierzu nötigen Pferde noch nicht besitzt. Die Vorbereitungen für den nächtlichen Stellwagenverkehr sind abgeschlossen und es wird die bezügliche Vorlage dem Stadtrate sofort unterbreitet werden, wenn geeignete Pferde beschafft werden können.

Überdies werden auch wegen allfälliger Einrichtung eines Ersatzverkehrs mit Autobussen Vorverhandlungen durchgeführt.

Der Verkehr auf der Stadtbahn wurde bereits verdichtet und auch auf die späteren Abendstunden ausgedehnt. Wegen der Verdichtung des Verkehrs auf der Vororte Linie ist der Magistrat auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 22. August d. J.

an das k-k. Eisenbahnministerium herangetreten. Im Donaukanale wurde ein Lokalschiffverkehr für die Freudenufer Rennen eingerichtet - Ein weitergehender Lokalverkehr war bei dem Mangel an Dampfern nicht zu erreichen.

GR. Dobek beantragt die Aufstellung eines Warteäusens bei der Haltestelle Gumpferlingstrasse im 17. Bezirk.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschrieben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer beantragt die Bewilligung eines Betrages von 2 Millionen Kronen für die Beteiligung Armer ohne Unterschied der Zuständigkeit mit Schuhen im Jahre 1918/19.

GR. Reumann: Wir müssen heute über den Begriff der Würdigkeit, mit Armenschuhen beteiligt zu werden, weit hinaus gehen. Die Schuhe haben schon einen derartigen Preis angenommen, dass es dem Mittelstand schon unmöglich ist, sich ein Paar Schuhe zu kaufen. Die Zeit wird kommen, wo eine grosszügige Schuhaktion in's Leben gerufen werden muss. Gleichzeitig mache ich auf die kollektiven Preistreiberien, die in Schuhen gemacht werden aufmerksam. Die Bewirtschaftung der Schuhe und Leder lässt viel zu wünschen übrig, wie wir jüngst im Laufe einer Debatte des Abgeordnetenhauses erfahren. Von den gegenwärtig arbeitenden 70.000 österreichischen Meistern würden nur 20 % des Leders aus der staatlichen Bewirtschaftung verarbeitet, 80 % müssen im Schleichhandel gekauft werden, wo für Soglenleder 120 und für Oberleder 160 Kronen für das kg begehrt wird. Daher ist es natürlich, dass auch die bemittelteren Stände nicht mehr in der Lage sind, Schuhe zu beziehen. Deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, dass die Gemeinde nicht nur Armenschuhe zu verteilen hat, sondern dass es auch ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, dass bei Bewirtschaftung von Leder und Schuhen anders verfahren werde, wie bisher. Dringendst notwendig ist daher eine Aktion, die der Bevölkerung Schuhe beschaffen muss. Zum Schluss fragt der Redner den Referenten, ob die Beteiligung mit Schuhwaren für die Armen als Armenunterstützung betrachtet werde.

GR. Hein: Ich billige selbstverständlich den Antrag, aber ich muss darauf bestehen, dass wir zu dieser Frage keine Stellung nehmen. Es ist ausser Zweifel, dass der Mittelstand an der Schuhnot leidet und dass dieser Frage an den zuständigen Stellen nicht das nötige Interesse entgegengebracht wird. So hat der Kriegsminister in einem Interview erklärt, dass ein Quantum von 100.000 kg Leder für die Zivilbevölkerung freigegeben wurde, doch bezeichnen Fachleute dieses Quantum als einen Tropfen auf einen heissen Stein. Ich verlange eine beschlussweise Stellung in dieser Sache, da in kürzester Zeit Verhandlungen wegen Freigabe eines grösseren Lederquantums stattfinden werden und beantrage, da der Gemeinderat an die Militärverwaltung das dringende Ersuchen stellt, ein genügendes Quantum Leder zur Verfügung zu stellen, damit das Bedürfnis der Bevölkerung, insbesondere

des Mittelstandes nach Schuhen wenigstens einigermaßen Befriedigung findet. Weiters beschäftigt sich der Redner mit den Misständen in der Hüte- und Lederzentrale und schlägt dem Gemeinderate vor, gegen die Aufhäufung von Gewinnen in den Zentralen deren Missbilligung auszusprechen.

GR. Goltz erklärt, dass auch seine Fraktion für die Bewilligung des Betrages ständen würde und erinnert daran, dass es Pflicht sei, mit der grössten Energie, sich gegen die in den Zentralen herrschenden Zustände zu richten, die zum Zwecke der Hilfe, nicht aber um Raubbau zu treiben, ins Leben gerufen wurden. Die Lausgeduld der Wiener Bevölkerung könne endlich einmal auch reissen. Im Schlusswort erklärt VB. Hierhammer auf die Anfrage des GR. Reumann, dass bereits seit Kriegsanfang derartige Zuweisungen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden, worauf der Antrag des Referenten angenommen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist den Zusatzantrag, der genügende Unterstützung findet, an den Stadtrat.

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird der Ankauf von Bereifungen für die städtische Feuerwehr zum Preis von K 20.984 genehmigt.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss legt die bekannten Anträge auf Gewährung eines Anschaffungsbeitrages für die städtischen Angestellten einschliesslich der Lehrpersonen und Bestimmung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vor.

GR. Hohensinner: Ich will nicht die gestellten Anträge weiter begründen, sondern nur zum zweiten Teile betreffend die Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln durch die Gemeinde sprechen, weil dieser Punkt mir viel wichtiger erscheint als die Anschaffungsbeiträge. Die Durchführung einer derartigen Aktion ist eine Existenzfrage der Festbesoldeten, denn die staatlich anerkannten Rationen reichen für ein Gespenst aus und machen das Menschen zu Verbrechern, da sie für Ausserachtlassung der Verordnungen auf dem Weg des Schleichhandels geführt werden. Bei dieser Geistesart kann ich der christlich-sozialen Partei den Vorwurf nicht ersparen, dass diese Aktion viel zu spät kommt; so spät, dass sie die erzielte Wirkung nicht mehr erreichen wird. Die Festangestellten, der ganze Mittelstand ist so weit gekommen, dass ihm beinahe nicht mehr geholfen werden kann. Zwischenrufe: Das wäre traurig! Ich halte es daher für notwendig, dass die Regierung in schärfster Form angegangen wird, dass sie diese Aktion unterstützt. Gehat Du zur österreichischen Regierung, so sei die Davina, eine Reitschmit!

GR. Skaret bemängelt, dass die sogenannten Kriegszulieferer, seien sie kontoristisch oder in einem Betrieb tätig, in diesen Anträgen ausgenommen seien, da lediglich von aktiven Angestellten gesprochen wird.

und stellt den Antrag, dass alle Angestellten, die seit 1. Juli 1918 im Gemeindedienst stehen, an diesen Aktionen Anteil haben. Zum Schlusse betont der Redner nochmals die Notwendigkeit, die Festbesoldeten zu unterstützen und weist die bisherige Entschuldigung, man könne einzelne Fälle nicht besserzulegen, zurück. Er schliesst mit den Worten: Ich glaube, es gibt nur ein Mittel, dem Mittelstand zu helfen, das ist der Friede und ich wünsche, dass derselbe sobald als möglich seine Segnungen über Oesterreich ergüssen möge. (Bravo! -Rufe!).

GR. Körber begrüsst ebenfalls die Anregung wärmstens und sagt, dass dieselben notwendig geworden seien, da es sich neuerdings erwiesen habe, dass die staatlichen Einrichtungen für die Belieferung mit Bedarfsmitteln vollständig versagt haben. Da bleibe eben der Gemeinde nichts anderes übrig, als selbst die Einrichtungen zu treffen, bei denen die Angestellten ihren Bedarf decken können.

Wir alle wissen, dass unsere Angestellten furchtbar unter den Verhältnissen zu leiden haben, aber in diesen schweren Zeiten leiden auch andere Berufsstände, so die Gewerbetreibenden und unter diesen wieder die Kleingewerbetreibenden. Redner möchte daher darauf aufmerksam machen, dass bei Errichtung dieser Stelle die Kleingewerbetreibenden nicht zu Schaden kommen, da sich speziell die Kleingewerbetreibenden wie dies Minister Czapp im Abgeordnetenhaus ausdrücklich konstatierte, auch bei Armeelieferungen bestens bewährten.

Referent Vize-Bürgermeister Hög betont in seinem Schlusswort gegenüber den Ausführungen des GR. Hohensinner, dass seitens der christlich-sozialen Gemeinderäte seit Beginn des Krieges unzählige Male die Naturalbelieferung gefordert wurde. Dem Wunsche des GR. Körber werde so weit als möglich Rechnung getragen und gegenüber dem GR. Skaret könne bemerkt werden, dass sich die Anträge auf alle seit 1. Juli 1918 im Dienste der Gemeinde stehenden Personen beziehen.

Die Anträge werden sodann alle einstimmig genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hög beantragt für die Tuberkulosen-Fürsorge nachstehende Subventionen zu bewilligen: Dem Hilfsverein für Jungenkranke „Viribus unitis“ für seine Fürsorgestellen im III. IX. und X. Bezirk 15000 K, dem patriotischen Hilfsverein vom Roten Kreuz in Niederösterreich für seine Fürsorgestelle im IX. Bezirk 7000 K und dem Zweigverein Landstrasse desselben Vereines für seine Fürsorgestelle im III. Bezirk ebenfalls 7000 Kronen.

GR. Dr. Loewenstein begrüsst die Anträge auf das wärmste, da sie im Interesse der so ungemein wichtigen Tuberkulosenbekämpfung liegen. Trotzdem müsse aber immer wieder betont werden, dass alle Aktionen so wohlthätig sie an sich sein mögen nichts nützen, so lange man nicht die genügenden Räume und die erforderlichen Decken habe um die schwer Tuberkulosen von der Familie zu entfernen. Da es der Gemeinde jetzt unmöglich sei selbst Baracken zu errichten, so müsse immer wieder von der Militärverwaltung die Bereitstellung verfügbar gewordener Baracken gefordert werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat in der letzten Sitzung des Herrenhauses diese Forderungen eingehend begründet und entsprechende Anträge gestellt, trotzdem wir aber jetzt das Ministerium für Volksgesundheit haben ist eine Erledigung noch immer nicht erfolgt. Wir müssen daher diesen unseren Standpunkt gegenüber der Regierung neuerlich zum Ausdruck bringen, denn sonst nützt auch die Errichtung noch so vieler Fürsorgestellen von denen die Gemeinde bisher in dankenswerter Weise deren 15 errichtet hat, nichts.

Der Redner wünscht ferner, dass die mit 2 Jahren festgesetzte Ausbildungszeit für Fürsorgeschwestern stark herabgesetzt werde. Auch ein 6 monatlicher Kurs, welcher jetzt zur Ausbildung von solcher Schwester abgehalten wird,

sei noch immer zu lang und es werde auch von den Teilnehmern des Kurses derzeit zu viel verlangt. Es müsse unter allen Umständen getrachtet werden in kürzester Zeit möglichst viele Fürsorgeschwestern auszubilden.

Nach dem Schlusswort des Bedächterstatters wird der Referentenantrag genehmigt.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss tritt die Gemeinde Wien der niederösterreichischen Podengenossenschaft m. b. H. als Mitglied mit 100 Geschäftsanteilen von je 20 Kronen bei.

Nach einem Antrage des Str. Hützel wird das Haus Ottakringerstrasse 219 um 80.000 Kronen angekauft.

Ferner werden Gründe in Ottakring um den Preis von um 61955 Kronen erworben.

Nach einem Antrage des Stadtrates Hoyer wird eine Liegenschaft in Hütteldorf im Ausmasse von 8365 Quadratmeter um 155.400 Kronen angekauft.

Stadtrat Schmidt berichtet über die Beteiligung der Gemeinde Wien an einer zu gründenden Wiener Baustoff Akt. Ges.,

GR. Melcher begrüsst diesen Antrag umso mehr, weil ein Teil eines von ihm schon vor 7 Jahren gestellten Antrages durch die in Beratung stehende Vorlage erledigt wird. Der Redner bemerkt, dass gegenwärtig nicht blos Lebensmittel, sondern auch Baumaterialien, wie Ziegel und Zement nur im Schleichhandel erhältlich sind. Die Bildung dieser Gesellschaft sei geeignet nicht blos die Materialpreise und die Preise für das Fuhrwerk zu verbilligen, sondern es werde nunmehr auch möglich sein, des Bauschwinds Herr zu werden. In den Bestimmungen werde der Gemeinde Wien ein bedeutender finanzieller Vorteil dadurch eingeräumt, dass sie die Materialien um 10 % billiger erhält. Redner meint ferner, dass infolge der Gründung der neuen Gesellschaft die Gemeinde Wien endlich auch ihr eigenes Ziegelwerk erhalten werde. Die Errichtung der Gesellschaft sei auch im Interesse der Wohnungsfürsorge lebhaft zu begrüssen und es sei nur zu bedauern, dass der österreichische Staat bis jetzt für die Wohnungsfürsorge kein Geld hatte während für die reichsdeutschen Städte schon hunderte von Millionen gewährt wurden. Redner ersucht den Bürgermeister, er möge ungeachtet der bisherigen erfolglosen Schritte neuerlich alles in Bewegung setzen, damit die bereits begonnenen Häuser, deren Bau seit 4 Jahren unterbrochen wurde, fertiggestellt werde und bittet schliesslich um einstimmige Annahme der Stadtratsanträge.

Gr. Dr. von Schwarzhiller macht einige allgemeine Bemerkungen, die sich auf die Gründung ähnlicher Unternehmungen beziehen. Die heutige Gründung sowie noch andere Gründungen, die den Gemeinderat passiert haben

sind ein Markstein auf dem Wege der modernen Kommunalisierung verschiedener Industrien. Der Redner beleuchtet aber auch die verschiedenen Schäden, die der Gemeinde daraus erwachsen, pflichtet auch der von seinem Vorredner angeregten Errichtung eines Ziegelwerkes bei meint aber, dass alle derartigen Gründungen der Wohnungsnot kaum abgeholfen wird. Lediglich die Hebung der Bautätigkeit der aber eine Reihe von Hindernissen gegenüberstehen, könne der Wohnungsnot abhelfen. In erster Linie sei Arbeitermaterial aus dem Stappenlande zu beanspruchen und weiters in energischer Weise von den massgebenden Stellen Baumaterialien anzufordern. Der Redner verweist auf die furchtbaren Wohnungskrawallen in Berlin nach dem Kriege 1871/71 und beleuchtet die Gefahren der Wohnungsnot. Der Gemeinderat der grössten Stadt der Monarchie habe daher die Verpflichtung alles daranzusetzen, dass die massgebenden Stellen endlich von diesen Gefahren richtig unterrichtet werden.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain tritt die Gemeinde Wien der Geflügelübernahme und Verteilungstelle Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., mit einer Stammeinlage von 350.000 Kronen bei.

Nach einem Antrage des Stadtrates Schner wird zur Herausgabe der Gedichte Ferdinand Sauters eine Subvention von K 2500.-- bewilligt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola wird der leitenden Kommission der Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich eine Subvention von K 5000 Kronen bewilligt.

Stadtrat Zatska stellt die bekannten Anträge auf Genehmigung des Kredites von 5 Millionen Kronen zur Beschaffung von Baustoffen und Baubestandteilen, welcher vorzugsweise aus den Investitionsanleihen vom Jahre 1914 zu bestreiten ist.

Hiersuf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.